

Bernd Witte (Dekan)

Herzstück der Reform: Die neuen Studiengänge der Philosophischen Fakultät

Die Philosophische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität ist eine der größten geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten in Nordrhein-Westfalen. 1965 gegründet, umfasst sie eine Vielzahl an Fächern in zusammen 14 Instituten, die in ihrer Zusammensetzung recht heterogen sind. Nach den 1970er Jahren, der Bildungsexpansion und der Aufnahme eines Teils der Pädagogischen Hochschule Rheinland, Abteilung Neuss, war der Ausbau der Fakultät in den 80er Jahren abgeschlossen. Zugleich begannen die Schwierigkeiten mit der Etablierung der Fächer und der Konsolidierung der Fakultätsstruktur. Auch bedingt durch den Abbau von Stellen zu Gunsten anderer Fakultäten, stagnieren seit dieser Zeit die Personalstellen bei stetig steigenden Studierendenzahlen.

Trotz dieser Schwierigkeiten sind seit den 90er Jahren wichtige Reformvorhaben realisiert worden. Dazu zählen die Schaffung eines Lehrstuhls für Medienwissenschaften, die Einrichtung des Diplomstudienganges Literaturübersetzen, an dem sich die Germanistik, die Romanistik und Anglistik beteiligen, und die Öffnung der geisteswissenschaftlichen Fächer hin zur Kulturwissenschaft. Diese Öffnung ist auch eine Reaktion auf allgemein gesellschaftliche Entwicklungen, auf Technologisierung und Globalisierung, und sucht, neben der internationalen Perspektive die lokale Zusammenarbeit mit den Medien und Künsten der Landeshauptstadt Düsseldorf zu verwirklichen.

Disziplinen wie Modernes Japan, Informationswissenschaft, Kunstgeschichte und Computerlinguistik sind Ergebnis des fakultätsinternen Umbaus. Interdisziplinäre Projekte und Forschungsvorhaben, wie sie u. a. im Forschungsinstitut für Mittelalter und Renaissance (FIMUR) gebündelt sind, geben der Fakultät neue Impulse und sind auch an ihrer Reform wesentlich beteiligt.

„Vergleichbare institutionelle Beharrungsfähigkeiten“, wie sie die Universität aufweist, „gibt es in anderen Funktionssystemen – außer im kirchlichen Bereich – kaum“¹. Beharrlichkeit und Veränderung zeichnen die moderne Universität aus, die in der Weltgesellschaft bestehen will. Der Versuch, die Errungenschaften der Tradition mit der notwendigen Modernisierung der Fakultät zusammenzubringen, hat dazu geführt, dass nach der Studienreform den verschiedenen Fächern und Instituten eine funktionale Substruktur unterlegt ist, die in Zukunft das gemeinsame Arbeits- und Verständigungsnetz ausmachen soll.

Die Strukturreform 2003

Nachdem 1996 der erste große Strukturplan der Philosophischen Fakultät erarbeitet wurde, liegt nun nach dem Papier „Philosophische Fakultät, Struktur und Profil in Forschung und Lehre“ aus dem Sommer 1999 der dritte Strukturplan vor.² Die Fakultät wird weiter

¹ Stichweh (2001: 346 f.).

² Vgl. Borsò (2002).

reformiert und nach dem Ideal interdisziplinärer Forschung organisiert. Vier grundlegende Orientierungen machen die gemeinsame Struktur aus:

- Grundlagenwissenschaften,
- Kulturwissenschaften und Philologien,
- Geschichtswissenschaften und
- Gesellschaftswissenschaften.

Das neu gegründete Forum der Forschungszentren (FFZ) führt die Disziplinen zusammen und entwickelt neue Schwerpunkte. Neben dieser kulturwissenschaftlichen Neuorientierung in der Struktur der Fakultät musste zugleich die Einstellung der Lehramtsstudiengänge sowie die Abgabe zahlreicher Stellen kompensiert und die Einrichtung gestufter Studiengänge auf den Weg gebracht werden.

Die Studienstrukturreform reagiert auf Vorgaben der Politik, etwa auf die Internationalisierung der Bildung, die in der Diskussion um den Handel mit Dienstleistungen im Rahmen des Allgemeinen Dienstleistungsabkommens GATS (General Agreement on Trades in Services)³ geführt wird. Unter dem Dach der Welthandelsorganisation (WTO) entwickelt, wird durch das Abkommen der internationale Handel mit Dienstleistungen liberalisiert. Für den Bildungssektor in Deutschland heißt dies, dass das Bildungssystem nach den Regeln des ‚freien‘ Marktes organisiert werden soll und Bildung demnach kein ‚höheres Gut‘ darstellt, sondern nach ökonomischen Gesichtspunkten bewertet wird. Durch die Internationalisierung der universitären Ausbildung mit ihren Vorteilen der Vergleichbarkeit der Studienleistungen, der Verbesserung des Studienaustausches, der Denationalisierung des Wissens usw. droht jedoch eine ganz und gar unerwünschte Ökonomisierung des akademischen Lebens. So erstrebenswert die Orientierung am Arbeitsmarkt ist – dass die „Employability“⁴ einzig und allein im Vordergrund stehen soll, kann nicht das Ziel einer universitären Ausbildung sein, die unter ‚Praxisorientierung‘ auch so etwas wie produktive Gesellschaftskritik versteht. Der Studierende soll nicht allein als Faktor von Wachstum und Fortschritt, sondern auch als Multiplikator der Demokratie und des guten Zusammenlebens verstanden und ausgebildet werden. Internationalisierung, Globalisierung und Flexibilisierung sind nicht nur Schlagwörter der Ökonomie, sondern können auch – positiv gewendet – Verstärker des sozialen Miteinanders sein. Die verstärkte Praxisorientierung der Studiengänge ist deshalb Ausdruck der erweiterten gesellschaftlichen Ausrichtung der Universitäten. Bildung muss ein öffentliches Gut bleiben und so vielen wie möglich zugänglich sein. Dass dies die internationale Politik (auch wieder) verstanden hat, zeigte die Konferenz der europäischen Wissenschaftsminister in Prag im Jahr 2001, auf der die Minister erklärten:

They [die Minister; Anm. d. Verf.] supported the ideas that higher education should be considered a public good and is and will remain a public responsibility (regulations etc.) and that students are full members of the higher education community. [...] Lifelong learning is an essential element of the European Higher Education Area. In the future Europe, built upon a knowledge-based society and economy,

³ Siehe World Trade Organisation (2003).

⁴ Siehe dazu: Heuser (2003).

lifelong learning strategies are necessary to face the challenges of competitiveness and the use of new technologies and to improve social cohesion, equal opportunities and the quality of life. (Europäische Kommission 2001)

Neben den speziell politisch motivierten Reformelementen versucht die Fakultät, durch die Reorganisation des Studienablaufs eine Verringerung der Studienabbrecherzahlen und eine Verkürzung der Studienzeiten zu erreichen. Durch bessere Beratung, Aufzeigen von Berufsperspektiven und nicht zuletzt durch Einführung des Bachelor (B. A.) sollen möglichst viele Studierende die Universität mit einem berufsqualifizierenden und qualitativ hochwertigen Abschluss verlassen können.⁵

Gestufte Studiengänge

Die Stufung der Studiengänge steht im Zentrum der Neustrukturierung der Philosophischen Fakultät. Sie wird kombiniert mit der Modularisierung des Fächerangebotes, einer Neuorganisation der studienbegleitenden Prüfungen, der Vergabe von *credit points* und der Akkreditierung der neuen Studiengänge. Dieses neue Studienprofil stärkt die interdisziplinäre Ausrichtung der Philosophischen Fakultät und lässt in Teilen die horizontale Gliederung der Fächer, im 19. Jahrhundert herausgebildet, hinter sich.

Mit Ausnahme des Diplomstudiengangs „Literaturübersetzen“ werden alle Magisterstudiengänge auf das Bachelor-/Mastermodell umgestellt. Durch diese Umstellung beteiligt sich die Philosophische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität an der Schaffung eines europäischen Hochschul- und Forschungsraums.⁶ 749 Bachelor- und 886 Masterstudiengänge sind zurzeit an den deutschen Universitäten und Fachhochschulen eingerichtet. Das entspricht in etwa 15 Prozent des Studienangebots an deutschen Hochschulen.⁷

Die Fächer, Abteilungen und Institute der Philosophischen Fakultät unterteilen sich in folgende Fächergruppen:

1. **Grundlagenwissenschaften:** Philosophie, Sprach- und Informationswissenschaft (Allgemeine Sprachwissenschaft, Computerlinguistik und Informationswissenschaft)
2. **Kulturwissenschaften und Philologien:** Anglistik/Amerikanistik, Germanistik, Klassische Philologie (Gräzistik und Latinistik), Romanistik (Französisch, Spanisch, Italienisch und Portugiesisch), Kulturwissenschaft und Medien.
3. **Geschichtswissenschaften:** (Geschichte: Antike, Mittelalter, Neuzeit, Landesgeschichte Nordrhein-Westfalen, Osteuropäische Geschichte und Wirtschaftsgeschichte), Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Kunstgeschichte, Jüdische Studien (Jiddistik und Judaistik).

⁵ Zu den Bemühungen der Bundesregierung zu diesem Thema siehe aus aktuellem Anlass die Agenda 2010, Regierungserklärung durch Gerhard Schröder am 14. März 2003 vor dem Deutschen Bundestag. Darin werden u. a. folgende Ziele für einen ‚Pakt für die Hochschulen‘ formuliert: „Senkung der Abbrecherquote und Verkürzung der Studienzeiten durch umfassende Verbesserungen der Studienbedingungen, ein schlüssiges System der Nachwuchsförderung, die weitere Institutionalisierung der Hochschulen, die Stärkung der Hochschulautonomie und der Profilbildung. Weiterhin soll beruflich Qualifizierten ein Hochschulzugang ermöglicht werden, wobei einschlägige Qualifikationen auf Studienleistungen angerechnet werden.“ <http://www.bundesregierung.de/Themen-A-Z-/Agenda-2010-,9765/Bildung-und-Forschung.htm> (23.4.03).

⁶ Zum Projekt eines europäischen Hochschul- und Forschungsraums vgl. Landfried (2003).

⁷ Siehe <http://www.hochschulkompass.de> (29.10.2003).

4. **Gesellschaftswissenschaften:** Sozialwissenschaften (Soziologie, Politikwissenschaft und Medienwissenschaft), Erziehungswissenschaft, Modernes Japan, Sportwissenschaft.

Dem Bachelorstudium liegt ein duales Modell aus integrierten, d. h. interdisziplinär ausgerichteten Studiengängen und Kernfach-, d. h. disziplinären Studiengängen zu Grunde. Es soll zwei Aufgaben erfüllen: den Studierenden einen berufsqualifizierenden Abschluss ermöglichen und zugleich wissenschaftliches Studium bleiben. Neben der Förderung analytischer Kompetenzen steht deshalb die Vermittlung der neuesten wissenschaftlichen Forschung im Vordergrund.

In der Praxis wird sich erweisen, inwieweit sich diese beiden Ansprüche wirklich harmonisieren lassen. Zumindest hat der Erfolg der Sprach- und Literaturwissenschaftler auf dem Arbeitsmarkt während der 1990er Jahre und davor gezeigt, dass sich die Erweiterung des Studienangebotes um so genannte 'Schlüsselqualifikationen', z. B. 'Mündlichkeit' und 'Schriftlichkeit', mit einem wissenschaftlichen Studium verträglich ist. Für den Bachelorstudiengang muss das noch bewiesen werden. Die Modularisierung soll dafür sorgen, dass die Lernstoffe in aufeinander aufbauenden Veranstaltungen konzipiert und erweitert werden; Praktika, Exkursionen usw. werden in das Studium mit einbezogen. Gerade hier soll die Zusammenarbeit mit den Kultureinrichtungen und Unternehmen in Düsseldorf und Umgebung ausgebaut werden.

Allen Bachelorstudiengängen wird mindestens ein Masterstudiengang entsprechen, der auch auf verschiedene Bachelorstudiengänge aufbauen kann. Das Masterstudium entspricht in seinem Aufbau dem Bachelorstudium. Es ist interdisziplinär ausgerichtet, modularisiert und hat die Vertiefung bzw. Spezialisierung eines Bachelorkernfachs zum Ziel. Das selbständige Forschen und Lernen ist darin ein wichtiger Bestandteil.

Die Reform der Studiengänge bezieht auch das Promotionsstudium mit ein. Graduierte sollen mehr in das Lehrangebot einbezogen werden. Neben Lehrveranstaltungen zählen auch die Hilfe bei der Organisation der Arbeit, die Verbesserung der Kommunikation unter den Promovierenden und die Einrichtung von Graduiertenkollegs dazu. Das Graduiertenkolleg „Europäische Geschichtsdarstellungen“ ist Beispiel für ein gelungenes Projekt dieser Art.

Bedauerlicherweise macht die Reform der Studiengänge eine Zulassungsbeschränkung zum Studium notwendig. Gerade an der Philosophischen Fakultät, an der das derzeitige Betreuungsverhältnis bei 244 Studierenden pro Professor liegt, lässt sich angesichts des allgemein postulierten Sparzwanges die Einführung eines Numerus clausus bedauerlicherweise nicht verhindern.

Das Beispiel: Bachelorstudiengang „Sozialwissenschaften“

Der Bachelorstudiengang „Sozialwissenschaften“ beweist, wie erfolgreich eine Studienreform sein kann. Der zum Wintersemester 1999/2000 eingeführte integrierte Studiengang der Fächer Soziologie, Politikwissenschaft und Medienwissenschaften ermöglicht sowohl eine umfassend angelegte akademische Grundausbildung als auch die Orientierung an der Praxis. Im Mittelpunkt des Studiums steht der Erwerb von Schlüsselqualifikationen und die Methodenpraxis, erweitert um ein dreimonatiges Pflichtpraktikum und einen regelmäßigen Austausch mit Anbietern auf dem Arbeitsmarkt unter Beibehaltung unverzichtbarer

Eckpfeiler der einzelnen Studienfächer, von denen nicht ohne Schaden abgewichen werden kann. Die wie bisher transparent und leistungsorientiert geführte Modularisierung des Curriculums, kontinuierliche Effizienzkontrollen, studienbegleitende Prüfungen und nicht zuletzt die Intensität der Zusammenarbeit unter Studierenden und Lehrenden führten bisher dazu, dass der Studiengang sein Ziel, den Studierenden eine international kompatible, interdisziplinär ausgerichtete und berufsqualifizierende Ausbildung zu bieten, erreicht hat. Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft hat diesen Erfolg bestätigt. Er hat dem Bachelor- und Masterstudiengang Sozialwissenschaften in einem bundesweiten Wettbewerb als einem der besten Reformstudiengänge in Deutschland einen hoch dotierten Förderpreis verliehen, eine dreijährige Förderung mit jeweils 100.000 €. In der Begründung der Jury des Stifterverbandes heißt es:

Der Bachelor- und Masterstudiengang Sozialwissenschaften beweist, dass man auch eine traditionsreiche und große Universität in Bewegung bringen kann. Hier ist es vorbildlich gelungen, die Studieninhalte in den Fächern Soziologie, Politikwissenschaften und Medienwissenschaft neu zu strukturieren und damit auf den Reformprozess der gesamten Universität auszustrahlen.⁸

Ganz besonders honoriert werden der Modellcharakter des Studiengangs und seine exzellente Abschlussquote. So haben von 136 eingeschriebenen Studierenden der ersten Kohorte 102 ihren Abschluss innerhalb der Regelstudienzeit von sechs Semestern erreicht. Das entspricht einer Quote von 75 Prozent. In Reaktion auf die Auszeichnung hat auch die nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft ausdrücklich die vorbildliche Arbeit des Bachelorstudiengangs „Sozialwissenschaften“ gelobt. Sie schreibt dem Studiengang Modellcharakter zu und folgert, dass „die Bachelor- und Masterstudiengänge“ ein „Modell der Zukunft sind. [...] Das ist ein grandioser Studienreformerfolg, den der Stifterverband als ‘Düsseldorfer Modell’ bundesweit als Maßstab empfiehlt.“⁹

Auswirkungen der Strukturentscheidungen

Über das Angebot der Fächer hinaus gilt die Konzentration der Fakultät der Weiterbildung. Neben den bisher von der Universität angebotenen und getragenen Sprachkursen werden Kooperationen mit Einrichtungen der Weiterbildung außerhalb des Hochschulbereichs angestrebt. Ein Beispiel dafür ist die Kooperation mit dem Institut für Internationale Kommunikation (IIK). Durch die Zusammenarbeit werden Austausch, Weiterbildungs- und Kooperationsprogramme (u. a. die Internationale Sommeruniversität) gefördert bzw. überhaupt erst ermöglicht. Ein vergrößertes Weiterbildungsangebot ist zudem notwendig im Hinblick auf die Internationalisierung des Studiums bzw. die berufspraktische Ausrichtung. Sprachangebote sollen den Studierenden ermöglichen, im Ausland zu studieren, bzw. die Universität für motivierte ausländische Studierende weiter zu öffnen.

Nach der Rechtsverordnung vom Mai 2001 durch das Ministerium wird die Lehrerbildung an der Philosophischen Fakultät eingestellt. Erstmals sind ab dem Wintersemester 2002/2003 keine neuen Lehramtsstudierenden mehr zugelassen. Weil aber Fragen der Weiterbildung, der Vermittlung und empirischen Fundierung von Bildungs- und

⁸ http://www.stifterverband.de/pdf/Statement_Fischer_070703.pdf (29.10.2003), Seite 3. Essen 2003.

⁹ Aus einer Presseerklärung des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen (7.7.2003), Seite 1.

Lernprozessen weiterhin interessant sind und in der Entwicklung der Wissensgesellschaft immer wichtiger werden, bleibt die Erziehungswissenschaft der Fakultät als ein integrales Basisfach erhalten. Darüber hinaus wird es einen Masterstudiengang „Weiterbildung und Bildungsmanagement“ geben.

Das Institut für Sportwissenschaft, das ausschließlich im Lehramtsstudiengang angesiedelt war, wird seinen Studienbetrieb zum Jahr 2008 einstellen.

Die Medienwissenschaft wird ausgebaut. Neben der Erweiterung des Lehrpersonals ist ein wichtiger Aspekt die verbesserte Zusammenarbeit der medienwissenschaftlichen Studiengänge untereinander: sozialwissenschaftliche Medienwissenschaft sowie Kulturwissenschaft und Medien. Das ‚Zweisäulenmodell‘ der Medienwissenschaften sieht neben einem *sozialwissenschaftlich* auch einen *kulturwissenschaftlich* ausgerichteten Bachelorstudiengang vor. Beim Aufbau eines Masterstudiengangs „Medienwissenschaft“ kooperieren die beiden Studiengänge und ermöglichen einen einheitlichen Abschluss als „M. A. Medienwissenschaften“.

Sehr erfreulich für die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf gestaltet sich die Verlagerung des Faches Jüdische Studien von der Mercator-Universität Duisburg nach Düsseldorf. Gemeinsam mit der Abteilung für Jiddische Kultur, Sprache und Literatur bildet es das Institut für Jüdische Studien. Damit ist in Düsseldorf ein bedeutender Standort für jüdische Lehre und Forschung entstanden, der durch die Kombination mit der Jiddistik für Deutschland einzigartig ist.

Forschung an der Philosophischen Fakultät

Die interdisziplinäre Kooperation in der Forschung über die Fachgrenzen hinweg ist an der Philosophischen Fakultät gewährleistet. So basiert der Sonderforschungsbereich 282 „Theorie des Lexikons“ auf den Arbeitsfeldern Sprache und Kognition unter Berücksichtigung z. B. neurolinguistischer Methoden. Ebenso interdisziplinär gelungen ist die Arbeit des FIMUR, das analog zu anderen Projekten in der Germanistik, Romanistik bzw. Historik den Fokus auf Europa hat. Zum Teil vernetzt sind diese Projekte in und durch die Forschungszentren, die institutionell in folgenden Einrichtungen realisiert sind:

- Zentrum für Europastudien (Ost-West-Verbund),
- Zentrum für Amerika- und Ostasienstudien,
- Zentrum für kulturwissenschaftliche Grundlagenforschung,
- Zentrum zur Erforschung des gesellschaftlichen und politischen Wandels,
- Zentrum für Kommunikation, Medien, Sprache und Information sowie
- Zentrum für Fort- und Weiterbildung.

Das Graduiertenkolleg 807 „Europäische Geschichtsdarstellungen“ ist im Zentrum für Europastudien (Ost-West-Verbund) angesiedelt. Gefördert wird dieses Projekt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Insgesamt zwölf Lehrstühle aus zusammen zehn Fächern des Historischen Instituts und der Philologien sind an der Durchführung beteiligt.

Die Perspektive aller Forschungen ist im Allgemeinen interkulturell bzw. transnational. Das gilt im Besonderen für die Arbeiten, die den europäischen Raum überschreiten.

Aus der interdisziplinären Arbeit der Fakultät heraus und ihrer institutionellen Vernetzung in den Forschungszentren werden auch die neuen Studiengänge konzipiert. So ist der Studiengang „Kulturwissenschaft und Medien“ unter anderem ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit. Gleiches gilt für den in der Entwicklung stehenden Studiengang „Kulturhistorische Europa-Studien“.

Auch über die Philosophische Fakultät hinaus gibt es eine Zusammenarbeit mit der Medizinischen, der Wirtschaftswissenschaftlichen, der Juristischen und der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. So wurde das Institut für Deutsches und Europäisches Parteienrecht und Parteienforschung gemeinsam mit der Juristischen Fakultät gegründet.

Die genannten Beispiele zeigen, dass die Internationalisierung des Studiums Bildungsziele verfolgt, die durchaus in der Tradition Wilhelm von Humboldts stehen¹⁰ und gerade deshalb eine geeignete Zusammenführung des universitären mit dem gesellschaftlich-globalisierten Diskurs darstellen.¹¹

Auf dem Weg zur Problemlösung

Die Reform des Studiums führt zu einer weiteren Belastung des Lehrpersonals. Ohnehin ist schon allzu lange das zahlenmäßige Betreuungsverhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden, von dem bereits die Rede war, äußerst ungünstig. Das Einführen von Beteiligungsnachweisen in jeder Veranstaltung, das Erhöhen des Prüfungstaktes, die Arbeit mit dem *European Credit Transfer System* (ECTS) und die Evaluierung der Lehre, die durch die Hochschule durchgeführt werden soll: All das erzwingt Zulassungsbeschränkungen, deren Folge eine wohl dramatische Reduzierung der Studierendenzahlen sein wird.

Wie gut ein reformierter Studiengang sein kann, zeigt der Bachelorstudiengang „Sozialwissenschaften“. Er zeigt aber auch, dass die Akkreditierung von Studiengängen enorme Kosten verursacht, die durch die Fakultät so nicht getragen werden können. Nur unter starker Reduzierung der für Forschung und Lehre zur Verfügung stehenden Mittel wäre die vollständige Akkreditierung aller geplanten Bachelor- und Masterstudiengänge der Fakultät möglich.

Statt nun weiter die Mittel zu kürzen, muss diese neue Bildungsreform – will sie denn halten, was sie verspricht – weitere Stellen erwirken und im Besonderen weitere besoldete Aufträge an außeruniversitäre Lehrkräfte vergeben, die durch ihre Erfahrung den erweiterten Praxisbezug der universitären Ausbildung mit ermöglichen. D. h., dass nicht nur die Kooperation unter den Fächern und Fakultäten ausgeweitet, sondern auch die Beziehungen zu den künftigen Arbeitgebern in gegenseitig befruchtender Kooperation gestaltet werden müssen. Das Studium ist in, für und mit den gesellschaftlichen Gruppen und Teilsystemen zu führen.

Die notwendige Entlastung des Lehrpersonals durch die Einführung eines strikten Numerus clausus würde zu einer Ausgrenzung vieler Schülerinnen und Schüler führen und die im Verhältnis zu anderen europäischen Ländern geringe Zahl an Studierenden noch einmal sinken lassen. Damit hätte die Reform der Universitäten den Mangel an Hochschulabsolventen zur Folge. Die ungleichen Zugangschancen zu Bildungseinrichtungen,

¹⁰ Siehe Ash (1999) sowie Welbers (2001).

¹¹ Auf den Punkt bringt es sein Bruder Alexander von Humboldt: „Die gefährlichste Weltanschauung ist die Weltanschauung der Leute, die die Welt nie angeschaut haben“.

aufgeführt und kritisiert in den OECD- und PISA-Studien, würden sich dann nur vergrößern.¹²

Die Öffnung der Universität hin zu einem europäischen Forschungsraum, die Internationalisierung und Straffung der Studiengänge, die Evaluierung und Akkreditierung bringen eine Verschulung der Studiengänge mit sich. Dennoch muss es oberstes Ziel jeder Studienreform bleiben, das zu erhalten, was bisher die ideale Qualität jedes Seminars ausgemacht hat: das gleich gesinnte Gespräch zwischen Lehrenden und Lernenden.

Bibliographie

- ASH, Mitchell G. *Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*. Wien u. a. 1999.
- BORSÒ, Vittoria. „Wohin steuert die Philosophische Fakultät?“, in: KAISER, Gert (Hrsg.). *Jahrbuch der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2001*. Düsseldorf 2002, 223-236.
- BAUMERT, Jürgen (Hrsg.). *PISA 2000 – Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*. Opladen 2001.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.). *Towards the European Higher Education Area. Communiqué of the meeting of European Ministers in charge of Higher Education in Prague on May 19th 2001*. Prag 2001. <http://europa.eu.int/comm/education/prague.pdf> (29.10.2003)
- HEUSER, Wolfgang (Hrsg.). „Von Bologna nach Berlin. Eine Vision gewinnt Kontur“, *Beilage zur Deutschen Universitätszeitung – das unabhängige Hochschulmagazin*. Juli 2003.
- LANDFRIED, Klaus. „Auf dem Weg zum Europäischen Hochschulraum“, in: HEUSER (2003), 5.
- PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.). *Agenda 2010*. Berlin 2003. <http://www.bundesregierung.de/Themen-A-Z-/Agenda-2010-,9765/Bildung-und-Forschung.htm> (23.4.2003)
- STICHWEH, Rudolf. „Die moderne Universität in einer globalen Gesellschaft“, in: Erhard STÖLTING und Uwe SCHIMANK (Hrsg.). *Die Krise der Universitäten*. Wiesbaden 2001, 346-358.
- WELBERS, Ulrich (Hrsg.). *Studienreform mit Bachelor und Master. Gestufte Lehrgänge im Blick des Lebens und Lernens an Hochschulen. Modelle für die Geistes- und Sozialwissenschaften*. Neuwied 2001.
- WORLD TRADE ORGANISATION (Hrsg.). *General Agreement on Trade in Services (GATS)*. Lausanne 2003. http://www.wto.org/english/tratop_e/serv_e/serv_e.htm (29.10.2003)

¹² Siehe Baumert (2001).